



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

SITZUNG VOM 30. September 1985

561

PROTOKOLL

der 40. Sitzung
(Doppelsitzung)

Datum: Montag, 30. September 1985

Zeit: 19.00 Uhr bis 22.00 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsident René Mutti

Anwesend: 35 Mitglieder

Abwesend: Hans A. Kohler (Ausland)

Ausstand: Werner Erni (bei Geschäft 9, letzter Absatz,
Sammelkanal Rohrstrasse)
Kurt Schwaighofer (bei Geschäft 10, Jugend-
und Freizeithaus, Standort-Wahl)

Protokoll: Ratssekretär Werner Pfenninger



SITZUNG VOM 30. September 1985

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 39. Sitzung vom 2. September 1985
3. Gegen weitere Verschlechterung der Wohnqualität - Postulat Franz G. Huber und Mitunterzeichner - Begründung
4. Schaffung einer Umweltfachstelle - Postulat Peter Reinhard und Mitunterzeichner - Begründung
5. Radwegnetz - Postulat Albert Weidmann und Mitunterzeichner - Begründung
6. Fussgängerüberführung Riethofstrasse - Schulwegsicherung - Postulat Eugen Sauter und Mitunterzeichner - Beschlussfassung betreffend Ueberweisung an Stadtrat
7. Entwicklungshilfe - Motion Walter Epli und Mitunterzeichner - Beschlussfassung betreffend Ueberweisung an Stadtrat
8. Elektrizitätsversorgung - Erhöhung der Stromtarife per 1. Oktober 1985
9. Bewilligung der Nachtragskredite, 2. Serie 1985
10. Jugend- und Freizeithaus - Motion Kurt Bossuge und Mitunterzeichner - Standortbestimmung - Beschlussfassung über weiteres Vorgehen



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

563

SITZUNG VOM 30. September 1985

1. Mitteilungen

- 1.1 Neues Rechnungsmodell
Was ein Gemeinderat wissen sollte? F 4.6.7
-

Bekanntlich ist ab 1. Januar 1986 das neue Rechnungsmodell gültig. Hans Rudolf Leemann erklärt sich auf Anfrage bereit, ein entsprechendes Einführungsreferat zu halten.

Vor Schluss der Sitzung erfolgt eine Abstimmung über den Termin. Es bestehen die beiden Varianten:

- a) Montag, 4.11.1985, im Anschluss an die Gemeinderatssitzung, dauer ca. 2 Stunden
b) Samstag, 16.11.1985, von 09.00 - 12.00 Uhr

- 1.2 Erdbebenkatastrophe in Mexiko F 6.2.2
-

Beat Jordi regt an, dass der Stadtrat in eigener Kompetenz einen angemessenen Beitrag für die Erdbebengeschädigten von Mexiko bzw. ein dortiges Projekt leisten solle, falls nicht schon geschehen.

2. Protokollgenehmigung der 39. Sitzung vom 2. Sept. 1985
-

Das Protokoll der 39. Sitzung vom 2. September 1985 wird genehmigt.

3. Gegen weitere Verschlechterung der Wohnqualität
Postulat Franz G. Huber und Mitunterzeichner
Begründung U 1.1.2/U 1.1.3/P 2.9.3
-

Der Postulant, Franz G. Huber, begründet sein am 2. September 1985 mit 7 Mitunterzeichnern eingereichtes Postulat gegen weitere Verschlechterung der Wohnqualität.

Ueber die Ueberweisung an den Stadtrat wird an der nächsten Ratssitzung vom 4. November 1985 beschlossen.



SITZUNG VOM 30. September 1985

4. Schaffung einer Umweltfachstelle
Postulat Peter Reinhard und Mitunterzeichner
Begründung U 1A/P 1.9
-

Der Postulant verlangt, dass seine Begründung im Wortlaut im Protokoll festgehalten werde, der Text sei beim Sekretär deponiert worden.

Peter Reinhard begründet sein am 2. September 1985 mit 20 Mitunterzeichnern eingereichtes Postulat betreffend Schaffung einer Umweltfachstelle wie folgt:

Einleitung

Die Problematik im Zusammenhang mit den aktuellen Umweltfragen und der Lebensqualität sind Ihnen bekannt. Erlauben Sie mir trotzdem eine kleine Einführung:

Wir alle haben davon Kenntnis nehmen müssen, dass unser Wald stirbt und dass damit auch unser Lebensraum bedroht wird. So zum Beispiel in unseren Berggebieten. Die Erde wird je länger je mehr durch den "sauren Regen" angegriffen und gefährdet damit nicht nur den Wald, sondern auch unsere Nahrungsgrundlage, den Boden. Die Luft wird durch unsere Lebensgewohnheiten und unsere hohen Ansprüche (Verkehr, Raumheizung, Industrie) immer mehr verunreinigt. Wissenschaftler weisen darauf hin, dass auch der Mensch davon nicht verschont ist. Unser Wasser wird durch Ueberdüngungen und die Zufuhr von chemischen Abfallstoffen immer mehr gefährdet. Dadurch ist auch unser Trinkwasserreservoir in Frage gestellt. Mit diesen wenigen Ausführungen, die wir fast jeden Tag durch neue Katastrophenmeldungen erhärtet wissen, möchte ich einleiten. Ich meine, dass damit auch auf die Vielfältigkeit der Problemstellung hingewiesen ist. Leider gibt es noch keine unbestrittenen Rezepte zur Problemlösung. Eines aber ist sicher: Unsere Umwelt und unsere Lebensgrundlagen sind nur dann überlebensfähig, wenn wir in geschlossenen Kreisläufen denken und diese verwirklichen. Ich meine, dass dies eben nicht nur eine eidgenössische oder kantonale Aufgabe ist, sondern primär auch eine Gemeindeaufgabe. Wir müssen auch in den kleinen Einheiten versuchen, Lösungen zu finden und die Situation "in den Griff" zu bekommen.



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

SITZUNG VOM

30. September 1985

565

Gerade unsere Stadt ist übermässig betroffen von verschiedenen negativen Einwirkungen. Mein Vorstoss will mithelfen, dass die Gemeinde einen kontinuierlichen Beitrag zur Linderung der Problematik beiträgt. Für die Zuhörer aus der Bevölkerung wiederhole ich einleitend nochmals den Wortlaut des Vorstosses:

Der Vorstoss im Wortlaut

"Der Stadtrat wird um Bericht und Antrag zur Schaffung einer Umweltfachstelle gebeten. Diese soll in die Stadtverwaltung integriert werden und kann vollamtlich oder teilzeitlich besetzt sein. Der Stelleninhaber, ein Fachmann, soll den Stadtrat aktiv in seinen Bemühungen zur Schaffung einer besseren Lebensqualität und zum Schutz unserer Umwelt unterstützen und die Bevölkerung über die Problemstellung und neue Erkenntnisse informieren. Die Fachstelle soll interessierten Kreisen für Auskünfte so weit als möglich zur Verfügung stehen.

Der Vorstoss wurde von insgesamt 21 Ratsmitgliedern unterzeichnet. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich danken. Sie haben damit bewiesen, dass wir nicht nur vom Umweltschutz und der Hebung der Lebensqualität sprechen, sondern gewillt sind, entsprechende Massnahmen einzuleiten. Ich hoffe natürlich, dass sich auch die übrigen Ratsmitglieder dazu entschliessen können, den Vorstoss zu unterstützen, nachdem sie mehr Zeit zur Prüfung des Vorstosses gehabt haben.

Zielsetzung des Vorstosses

Diskussion und Bewusstseinsbildung fördern

Der Vorstoss soll grundsätzlich die Diskussion über die ganze Problematik fortführen, die im Gemeinderat schon seit Jahren immer wieder entfacht wurde. Bewusst habe ich die Form eines Postulates gewählt, damit möglichst viel Handlungsspielraum für den Stadtrat bestehen bleibt. Ich bin mir bewusst, dass viele Probleme in die Abklärungen miteinzubeziehen sind. Dabei scheint es mir aber wesentlich zu sein, wenn wir nicht in erster Linie den zeitlichen Faktor als Massstab für die Beantwortung nehmen, sondern die materiellen Auswirkungen. Der Vorstoss will zwei miteinander stark verbundene Themenkreise streifen, nämlich den Umweltbereich und den Bereich Lebensqualität.



Umweltproblematik

In diesem Themenkreis geht es mir darum, dass der sogenannte "Ist-Zustand" in unserer Gemeinde weiterhin erfasst und über Jahre hinweg laufend nachgeführt wird. Nur so kann die Entwicklung analysiert und ein Massnahmenkatalog erstellt werden. Daneben sollen aber die bisherigen und bewährten Beratungen, zum Beispiel durch die Werke, den Feuerschauer und das Bauamt, weiter ausgebaut werden. Dass die Schulklassen über das Thema informiert werden sollten, ist selbstverständlich.

Zudem haben wir bereits heute die Glas- und Metallsammlungen und die Kopmostierung ist geplant. Auch hier sind konkrete Anleitungen und eine Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung nötig und verschiedene Arbeiten müssen laufend ausgeführt werden.

Sie sehen also, dass dieser Bereich zwei Komponenten umfasst. Die Beratung und Information, also einen eher abstrakten Teil, der viel Fachwissen voraussetzt, und daneben den praktischen Teil, der primär konkrete Arbeit "auf dem Platze" erfordert.

Lebensqualität

Ueber die Hebung der Lebensqualität in unserer Stadt haben wir in diesem Rate schon oft gesprochen. Wenn es zum Beispiel um neue Siedlungen neben der Autobahn oder unter der Flugschneise geht, oder wenn eine Verkehrsenkung und eine Eindämmung von Lärm gefordert wird, ist die Lebensqualität angesprochen. Auch in diesem Bereiche haben wir einen grossen Bedarf an Informationen und Massnahmen.

Offene Diskussionspunkte sind:

Wenn Sie diese Liste von Themenkreisen hören, kann ich es Ihnen nicht verargen, wenn Sie der Meinung sind, dass diese nicht durch eine Person zu lösen sind. Dieser Meinung kann ich mich druchaus anschliessen. Es ergeben sich daraus tatsächlich sehr vielfältige Probleme, die nicht mit sturen Lösungsvorschlägen angegangen werden können. Auf die offenen Fragen, die in diesem Zusammenhang durch den Stadtrat geprüft werden müssen, will ich kurz eingehen.

Anliegen in Gemeindeordnung aufnehmen?

Es ist bedauerlich, dass die ganze Umweltproblematik nicht in der Gemeindeordnung als Aufgabe stipuliert wird. Da werden im § 59 unter dem Titel Verwaltungsabteilungen wohl die "Land- und Forstwirtschaftsabteilung" oder die "Tiefbauabteilung", "Hochbauabteilung" oder "Werkabteilung" genannt, wer aber eine "Umweltabteilung" sucht, der wird sie nicht finden. Ich meine, dass dieser Umstand bei der nächsten Revision behoben werden muss. In diesem Sinne setze ich mich dafür ein, dass eine "Gesundheits- und Umweltabteilung" geschaffen wird, welcher eine Kommission mit selbständiger Verwaltungsbefugnis beisteht. Am einfachsten ist es, wenn die heutige "Gesundheitskommission" in die "Gesundheits- und Umweltkommission" umfunktioniert wird, wie dies zum Beispiel in Dübendorf der Fall ist.

Umweltfachstelle eine Verwaltungsstelle?

Ich habe im Postulat die Begriffe "Umweltfachstelle" und "Stadtverwaltung" genannt. Ich bin aber nicht der Meinung, dass durch die Anstellung einer Person die ganze Problematik gelöst wird. Ich verstehe unter "Fachstelle" vielmehr einen "Anlaufort" für unsere Einwohner, Verwaltungsabteilungen, Firmen, usw. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass der Stadtrat der Meinung ist, dass die ganze Stelle zusammen mit den anzugehenden Problemen wachsen und neue Erfahrungen miteinbezogen werden müssen. Wenn er also der Auffassung ist, dass er eine kompetente Firma oder Organisation für einen Problemkreis "fest" beiziehen will, so ist diese Meinung durchaus vertretbar. Ich bin überzeugt, dass für die Bereiche "Umwelt" und "Lebensqualität" verschiedene Fachleute tätig sein müssen. Hingegen muss es ein Ziel bleiben, diese Stellen - mittelfristig gesehen - als Dauerinstitution in der Stadtverwaltung zu integrieren. Aus meiner Erfahrung als früherer Ratspräsident weiss ich, dass die bestehende Lösung für die Gesundheitsabteilung in organisatorischer Hinsicht unglücklich ist. Der Sekretär und seine Mitarbeiter arbeiten sowohl für den Rat, die Gesundheitsabteilung und die Jugend- und Sportabteilung. Ein solches "Stellensplitting" unter verschiedene Interessen und Weisungsberechtigte kann selbstverständlich nicht zur gewünschten intensiven Förderung im Umweltbereiche führen. Eine klare Gliederung und Strukturanpassung ist deshalb nötig.

Die Stellen als solches sind jedoch gerechtfertigt, weil die ganze Problematik nicht nur ein momentanes



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

568

SITZUNG VOM 30. September 1985

Problem darstellt, sondern ein laufendes ist. Ganz bestimmt wird aber bereits jetzt eine Person zu bestimmen sein, die sich mit der Oeffentlichkeitsarbeit zu befassen hat. Ob diese Person in der Gesundheitsabteilung oder im Bauamt ihren Arbeitsort hat, ist im Grundsatz dem Stadtrat zum Entscheid überlassen.

Abteilungsstrukturen anpassen?

Die "Umweltfachstelle" muss innerhalb der Verwaltung im Sinne einer "Stabstelle" gesehen werden. Es ist ja so, dass die Problematik sowohl den Hoch- und Tiefbau als auch die Werk-, Land- und Forst- oder Gesundheitsabteilung, usw. betreffen. Das Problem besteht also für den Stadtrat, wie er intern die Kommunikation regelt und eine abteilungsdurchlässige Lösung findet.

Ob das jetzt heisst, dass in verschiedenen Abteilungen ein "Sachbearbeiter" bestimmt wird, der - längerfristig gesehen - den Kontakt zur Fachstelle aufrecht erhält, oder ob die Fachstelle mit Personen bestückt wird, welche die verschiedenen eingehenden Probleme prüfen, möchte ich ebenfalls dem Stadtrat überlassen.

Personenauswahl?

Einleitend habe ich darauf hingewiesen, dass nicht eine Person alle Probleme lösen kann. Wir werden langfristig eine Lösung realisieren, in welcher mehrere Teilzeit- oder Vollstellen anvisiert werden müssen. Aber auch hier bin ich der Meinung, dass die Sache kontinuierlich wachsen soll. Ein übereiltes Handeln und Einstellen von Personen wäre falsch. Viel wichtiger ist der Einsatz von kompetenten Persönlichkeiten.

Bestehende Aufgaben integrieren und regeln?

Ein weiteres Problem betrifft die bereits laufenden Umweltarbeiten. Ich denke da an die Glassammlung, die Alu- und Metall- oder Oelsammlung und auch an die Papiersammlung. Heute werden die Aufgaben durch nebenamtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen erledigt. Daran will ich grundsätzlich nicht's ändern. Ich kenne aber das ganze bezahlte Arbeitsvolumen - umgerechnet auf eine fiktive Stelle - nicht. Immerhin müsste auch in dieser Sache ein Zusammenschluss erfolgen und eine entsprechende Teilstelle bewilligt und in der Fachstelle integriert werden, da es sich um laufende und dauernde Aufgaben der Stadt handelt. Auch für die geforderte Kompostierung werden wir wohl kaum um eine Teilstelle herkommen. Diese Aufgabenkreise sollten in die neuzuschaffende Struktur der Umweltfachstelle und damit der Stadtverwaltung integriert werden.



Rahmenkredit bewilligen?

Ich hoffe, dass ich genügend verständlich die Gesamtproblematik aufgezeigt habe und Sie erkennen konnten, dass es auch um ein Strukturproblem mit personellen Konsequenzen geht. Wenn ich Strukturproblem sage, so meine ich die Stadtverwaltung und die Behörden.

In erster Linie müssen wir aber immer wieder an die bestehenden Umweltprobleme und die Hebung der Lebensqualität denken. Aus dieser Betrachtungsweise gesehen, müssen die Strukturprobleme als materiell wenig gewichtig bezeichnet werden.

Sie werden mit mir einig gehen, dass diese Sache finanzielle Mittel erfordert. Ich bin überzeugt, dass die Kosten für die gesamten Aufwendungen (Berater und/oder Fachstelleninhaber; Teilzeitstellen Glassammlung; Kompostierung usw.) mindestens in der Grössenordnung von 1/4 Mio. Franken liegen. Ich meine, dass es falsch wäre, den Betrag konkret für eine Aufgabe oder Stelle zu bewilligen, weil die Problematik - wie bereits erwähnt - laufend wachsen soll. Darum plädiere ich dafür, dass ein Rahmenkredit für die Umweltfachstelle bewilligt wird. Damit erhält der Stadtrat genügend Freiraum, um sich den Bedürfnissen kurzfristig anpassen zu können.

Zusammenzug/Schluss

Die Schaffung einer Fachstelle ist durch die öffentliche Diskussion und die verschiedensten Vorstösse im Parlament ausgewiesen. Ich plädiere aber dafür, dass eine flexible Haltung möglich ist, und die Stadt Opfikon, im Sinne eines Erstversuches, beispielhaft für professionelle Lösungen sucht. In diesem Sinne danke ich für die Unterstützung aus dem Rat und für die hoffentlich positive Prüfung durch den Stadtrat. Danken möchte ich aber abschliessend auch ausdrücklich dem Stadtrat für seine bisherigen Aktivitäten und Arbeiten in dieser Thematik. Er hat bisher vorzügliche Arbeit geleistet.

Betreffend der Ueberweisung an den Stadtrat wird an der nächsten Gemeinderatssitzung vom 4. November 1985 Beschluss gefasst.



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

570

SITZUNG VOM 30. September 1985

5. Radwegnetz
Postulat Albert Weidmann und Mitunterzeichner
Begründung S 4.3/V 2.7
-

Der Postulant, Albert Weidmann, begründet sein am 16. September 1985 eingereichtes, vom 31. August 1985 datiertes, Postulat betreffend Radwegnetz.

Betreffend der Ueberweisung an den Stadtrat wird an der nächsten Gemeinderatssitzung vom 4. November 1985 Beschluss gefasst.

6. Fussgängerüberführung Riethofstrasse - Schulwegsicherung
Postulat Eugen Sauter und Mitunterzeichner
Beschlussfassung betreffend Ueberweisung an den Stadtrat
S 4.2/ S 1.10
-

Der Stadtrat erklärt sich laut Beschluss Nr. 351 vom 10. September 1985 bereit, das Postulat von Eugen Sauter und Mitunterzeichnern betreffend Fussgängerüberführung an der Riethofstrasse zur Prüfung und Berichterstattung zu übernehmen.

Peter Reinhard hat die Sache angeschaut. Die EVP-Fraktion will keine Ueberführung. Es gibt sicher eine andere Lösung.

Bernhard Grundholzer, und die Fraktion-Gemeindeverein, sind für sicheren Schulweg. Die Passerelle ist aber nicht geeignet. Er stellt Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates.

Magdalena Roth erklärt namens der SVP-Fraktion, dass eine Ueberführung nicht geeignet sei, besser wären Fussgängerstreifen.

Walter Berner, LdÜ, sieht keine optimale Lösung mit einer Paserelle.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

Für Ueberweisung stimmen 23 Mitglieder;
für Nichtüberweisung werden 9 Stimmen gezählt.

Mit diesem Resultat ist das Postulat an den Stadtrat überwiesen.



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

SITZUNG VOM 30. September 1985

571

7. Entwicklungshilfe
Motion Walter Epli und Mitunterzeichner
Beschlussfassung betreffend Ueberweisung an den Stadtrat
F 6.2.2
-

Gemäss Beschluss Nr. 336 vom 10. September 1985 erklärt sich der Stadtrat bereit, die Motion von Walter Epli und Mitunterzeichner betreffend Entwicklungshilfe zur Prüfung und Antragstellung entgegen zu nehmen. Jürg Leuenberger stellt namens der Fraktion des Gemeindevereins den Antrag auf Nichtüberweisung und begründet diesen.

Peter Reinhard beantragt der Ueberweisung der Motion zuzustimmen.

Kurt Bossuge und die Fraktion LdU votieren für Nichtüberweisung.

Beat Jordi erklärt namens der FdP-Fraktion Nichtunterstützung der Motion.

Magdalena Roth tritt namens der SVP-Fraktion für Ueberweisung ein.

Jürg Lanz tritt für Ueberweisung ein.

Viktor Schwager tritt ebenfalls für Ueberweisung ein.

Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat:
Für Ueberweisung an den Stadtrat werden 20 Stimmen gezählt; für Nichtüberweisung stimmen 13 Mitglieder.

Damit ist die Ueberweisung der Motion Epli und Mitunterzeichner betreffend Leistung von Entwicklungshilfe zum Beschluss erhoben.

8. Elektrizitätsversorgung
Erhöhung der Stromtarife per 1. Oktober 1985 E 2.3.1
-

Dieses Geschäft ist der RPK zur Prüfung und Antragstellung überwiesen worden.

Eduard Tellenbach begründet den Bericht und Antrag der RPK. Die RPK beantragt Zustimmung zum stadträtlichen Antrag.



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

SITZUNG VOM 30. September 1985

572

Stadtrat Hans Rosenberger, Werkvorstand, ergänzt den stadträtlichen Antrag und bittet um Zustimmung. Der monatliche Aufschlag für eine 4-köpfige Familie betrage durchschnittlich Fr. 2.--.

Es liegt kein anders lautender Antrag vor. Der Rat stimmt der Erhöhung der Stromtarife ohne Diskussion und Abstimmung zu.



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

573

SITZUNG VOM 30. September 1985

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge der Werkkommission vom 22. Mai 1985 und des Stadtrates vom 30. Mai 1985 sowie in Anwendung von § 45, Ziffer 2, lit. f, der Gemeindeordnung -

B E S C H L I E S S T :

1. Den erhöhten Preisansätzen der Stromtarife des Elektrizitätswerkes Opfikon vom 22. Mai 1985 sowie der Verlängerung der Niedertarifzeit von 06.00 bis 07.00 Uhr bei allen Doppeltarifen wird zugestimmt.
2. Die erhöhten Tarife sowie die Verlängerung der Niedertarifzeit treten auf den 1. Oktober 1985 (Beginn des neuen Veranlagungsjahres) bzw. zu Beginn der entsprechenden neuen Ableseperiode in Kraft.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Werkkommission
 - Werkvorstand
 - Finanzvorstand
 - Finanzverwaltung
 - Betriebsleitung Städtische Werke
 - Abonentendienst
 - Stadtkanzlei



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

SITZUNG VOM 30. September 1985

574

9. Bewilligung der Nachtragskredite
2. Serie 1985

F 4.6.7

Die RPK hat dieses Geschäft vorberaten.

Dieter Landert begründet den Bericht und Antrag der RPK und beantragt, die angeforderten Nachtragskredite 2. Serie 1985 zu bewilligen.

Der Ratspräsident lässt alle vier Positionen einzeln diskutieren.

Der Gemeinderat stimmt allen vier geforderten Nachtragskrediten ohne Abstimmung zu.



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

SITZUNG VOM 30. September 1985

575

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom
13. August 1985 -

B E S C H L I E S S T :

1. Folgende Nachtragskredite werden bewilligt:

Politisches Gut

- Ordentlicher Verkehr	Fr. 61'000.--
- ausserordentlicher Verkehr	Fr. 252'000.--

2. Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Stadtrat
- Liegenschaftenverwaltung
- Bauamt
- Polizeisekretariat
- Finanzverwaltung (2-fach)
- Stadtkanzlei



SITZUNG VOM 30. September 1985

10. Jugend- und Freizeithaus
Motion Kurt Bossuge und Mitunterzeichner
Standortbestimmung
Beschlussfassung über weiteres Vorgehen L 2.2.8
-

Der Präsident erklärt das Vorgehen zum Geschäft. Sofern beantragt und beschlossen, soll eine Eintretensdebatte durchgeführt, andernfalls wird direkt zur Detailberatung geschritten.

Es wird keine Eintretensdebatte gewünscht, deshalb kann sofort mit der materiellen Debatte begonnen werden.

Bernhard Grunholzer begründet den Bericht und Antrag der GPK. Er beantragt, dem vorliegenden Mehrheitsantrag der GPK zuzustimmen.

Stadtrat Hans Leemann, Liegenschaftenvorstand, kann sich im Einverständnis mit dem Stadtrat dem Antrag der GPK anschliessen. Es soll aber dem Stadtrat Gelegenheit gegeben werden, die Bauprojekte mit Kostenvoranschlag ausarbeiten zu lassen. Die Verteuerung würde ca. Fr. 30'000.-- betragen.

Kurt Bossuge als Motionär hätte gerne noch andere Standorte gesehen, er interessiert sich für den Stand der Verhandlungen mit der Swissair betreffend Landtausch am heutigen Standort an der Rohrstrasse. Er ist mit der Antwort auf seine Motion nur teilweise einverstanden.

Toni Steiner stellt namens der CVP-Fraktion den Antrag, das Projekt in der Badanlage Bruggwiesen zu realisieren und dem Volk zur Entscheidung vorzulegen.

Brigitta Spörndli tritt für den Standort Mühlegasse und damit für den Antrag des Stadtrates ein. Sie begründet die grossen Vorteile im Projekt Mühlegasse gegenüber dem Projekt Badanlage.

Kurt Bossuge, Präsident der GPK, äussert sich zur Standortfrage. Er macht auf die zu erwartenden Referenden aufmerksam. Architekt Mengolli habe auf Befragen erklärt, dass die vorliegenden Zahlen realistisch seien und stimmen.

Jacques Mettler warnt davor, Projekte mit Kostenschätzungen dem Volke zum Entscheid vorzulegen. Der Entscheid über die Standortfrage jedoch soll dem Stimmbürger überlassen werden.



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

SITZUNG VOM

30. September 1985

577

Beat Jordi beantragt die Unterstützung des GPK-Antrages.

Peter Reinhard votiert namens der EVP für den Standort Mühlegasse und damit für den Stadtrats-Antrag.

Leo Roffler stellt namens der SVP-Fraktion den Antrag, das Geschäft Jugendhaus auf die nächste Sitzung zu verschieben. Der Stadtrat soll in der Zwischenzeit Abklärungen betreffend jetzigen Standort und ev. anderen Standorten treffen. Dieser Antrag gilt als Ordnungsantrag.

Die Fraktionsvertreter von EVP, SP, FdP und LdU votieren alle gegen den Ordnungsantrag.

Stadtrat Karl Pfister, Finanzvorstand, orientiert kurz über den Stand der Verhandlungen mit der Swissair bezüglich Landtausch an der Rohrstrasse. Der Stadtrat werde sich bemühen, den jetzigen Standort noch für einige Zeit zu sichern.

In der Abstimmung wird der Ordnungsantrag Roffler mit 27 zu 5 Stimmen verworfen.

Bernhard Grunholzer bittet nochmals um Zustimmung zum GPK-Antrag.

Stadtrat Hans Leemann, Liegenschaftenvorstand, weist auf die Geschäftsordnung des Gemeinderates hin, die wegen materieller Differenzen zwischen Stadtrat und GPK eine weitere Aussprache vorgeschrieben hätte und verweist im übrigen auf den Motionstext.

Brigitta Spöndli stellt namens der SP-Fraktion Antrag, dass nur Punkt 1.1 des GPK-Antrages, also das Projekt Mühlegasse, dem Stimmbürger zum Entscheid vorgelegt werde.

Beat Jordi beantragt für die FdP-Fraktion Punkt 2 des GPK-Antrages wie folgt zu ändern:

Als Grundlage für die Volksabstimmung gelten die heutigen vorhandenen Projekte und Kostenschätzungen im Kreditrahmen von + 25 Prozent.

Es erfolgt eine 10-Minütige Pause, um der GPK und den Fraktionen Gelegenheit zu internen Beratungen zu geben.

Nach den internen Beratungen der GPK erklärt Kurt Bossuge, dass sich die GPK mit der Abänderung von Punkt 2, wie er vor der Pause beantragt wurde, einverstanden erkläre.



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

578

SITZUNG VOM 30. September 1985

Es erfolgen nun die Abstimmungen:

1. Abstimmung

Gegenüberstellung des Antrages der SP (nur Mühle-
gasse Pt. 1.1 zur Volksabstimmung) gegen den
bereinigten Antrag der GPK. Für den Antrag SP werden
9 Stimmen gezählt, auf den GPK-Antrag entfallen
20 Stimmen.

2. Abstimmung

Antrag CVP-Fraktion (nur Badanlage) gegen Antrag des
Stadtrates. Für den CVP-Antrag stimmen 5 Mitglieder,
auf den Antrag des Stadtrates entfallen 11 Stimmen.

3. Abstimmung

Antrag Stadtrat gegen Antrag GPK. Auf den Antrag des
Stadtrates entfallen 9 Stimmen. Der GPK-Antrag ver-
einigt 21 Stimmen auf sich.

4. Schlussabstimmung

Dem GPK-Antrag stimmen 20 Mitglieder zu, während
5 Stimmen dagegen ausgezählt werden.

Damit werden beide Projekte der Stimmbürgerschaft zum
Entscheid vorgelegt.



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

SITZUNG VOM 30. September 1985

579

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom
11. Juni 1985 und der heute beschlossenen Aenderung des
GPK-Antrages -

B E S C H L I E S S T :

1. Der Stadtrat wird beauftragt, die beiden vorliegenden Projekte dem Volk zur Abstimmung vorzulegen.
 - 1.1 Mühlegasse 2/4 im Betrage von Fr. 989'000.-- und
 - 1.2 Schwimmbadanlage im Betrage von Fr. 938'000.--
2. Als Grundlage für die Volksabstimmung gelten die heutigen vorhandenen Projekte und Kostenschätzungen im Kreditrahmen von plus/minus 25 Prozent.
3. Die Motion Kurt Bossuge und Mitunterzeichner wird abgeschrieben.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Motionäre
 - Objektbaukommission
 - Finanzvorstand
 - Jugend- und Sportvorstand
 - Liegenschaftenvorstand
 - Jugend- und Sportsekretariat
 - Liegenschaftsverwaltung
 - Finanzverwaltung
 - Stadtkanzlei



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

SITZUNG VOM 30. September 1985

580

11. Neues Rechnungsmodell
Was ein Gemeinderat wissen sollte? F 4.6.7
-

Nachdem die Mitglieder sich eine Meinung gebildet haben sollten, erfolgt die Abstimmung über den Termin des Einführungsreferates.

Für Montag, 4. November 1985, im Anschluss an die Gemeinderatssitzung (ca. 2 Stunden), stimmen 23 Mitglieder.

Für Samstag, 16. November 1985, von 09.00 -12.00 Uhr, stimmen 10 Mitglieder.

Somit findet die Einführung in das neue Rechnungsmodell definitiv am Montag, 4. November 1985, im Anschluss an die Gemeinderatssitzung statt. Es erfolgt zur gegebener Zeit eine separate Einladung.



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

SITZUNG VOM 30. September 1985

581

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einsprachen erhoben.

Der Ratspräsident macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam.

Die nächste Ratssitzung findet am Montag, 4. November 1985 statt.

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:

W. Pfenninger

W. Pfenninger



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

SITZUNG VOM 30. September 1985

582

Protokoll geprüft:

Der Ratspräsident:

R. Ullrich

Der 1. Vizepräsident:

J. A. ...

Der 2. Vizepräsident:

P. Maurer